

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ

COMITÉ SUISSE CONTRE UNE POLITIQUE UNIVERSITAIRE DÉMESURÉE

Postfach 4059

3001 Bern

PC 30 - 6064

---

Bern, 11. April 1978

An die Presse

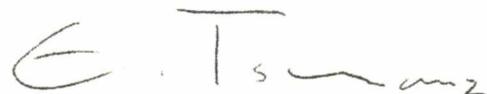
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erlauben uns, Ihnen einen weiteren Pressedienst unseres Aktionskomitees zur Verfügung zu stellen. In zwei verschiedenen Artikeln wird Stellung genommen zu dem am 28. Mai zur Abstimmung gelangende Hochschul- und Forschungsförderungsgesetz.

Für den Abdruck der Texte in Ihrer geschätzten Zeitung danken wir Ihnen im voraus bestens. Ihre Unterstützung wissen wir zu schätzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN  
DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ

Für den Presseausschuss:



E. Tschanz

## UNSERE STOLZE BILDUNGSTRADITION

Der Stolz jeder Schweizer Gemeinde ist das Schulhaus - seien es die Prunkbauten aus der Jahrhundertwende oder die modernen Gebäude mit vorbildlichen Unterrichtsräumen, mit Turn- oder gar Schwimmhalle. Unsere Vorfahren haben den Wert guter Bildung früh erkannt, und schon 1812 konnte die Waadt melden, unter ihren Rekruten sei kein Analphabeth mehr. Bald nach der Bundesgründung von 1848 wurden an manchen Orten die Kantonsschulen geschaffen, die neben den alten Gymnasien die Mittelschulbildung und damit die Vorbildung der zukünftigen Akademiker übernahmen. Diese fanden sieben Universitäten, zwei Technische Hochschulen und die Wirtschaftshochschule St. Gallen.

Glücklicherweise vermochte unser Land die Tradition des guten Handwerks, der kaufmännischen und technischen Mittelberufe nicht nur zu bewahren, sondern vorbildlich auszubauen. Unserer Wirtschaft standen in den entscheidenden Jahren des Auf- und Ausbaus qualifizierte Kräfte zur Verfügung, die uns Leistungen ermöglichten, um die uns andere Völker beneideten. An der Bildung hatten nicht nur die Hochschulstudenten teil, sondern die gesamte heranwachsende Generation. Während sich in andern Ländern politisch nachteilige Gegensätze zwischen Akademikern und Nichtakademikern bildeten, entstand in der Schweiz ein organisch wachsendes Bildungsgewebe,, wo jeder seinen angemessenen Platz fand.

\*

Vor zehn Jahren kam wieder einmal von Norden her eine politische Modeströmung. Sie proklamierte den "Bildungsnotstand" und tat so, als ob die Schweiz ein pädagogisch unterentwickeltes Land sei. An den Hochschulen waren revolutionäre Töne zu vernehmen, und an der ETH Zürich wurde das Rektorat "besetzt". Alles sollte umgekrempelt werden. Aber es wurde nicht. Zwar versuchte man in den Hochschulkantonen zu neuen Universitätsgesetzen zu kommen. Doch alle Bemühungen in Zürich, Basel oder Bern führten zu keiner Lösung. Unzählige Sitzungen wurden abgehalten, doch das Resultat war gleich

Null. Inzwischen gelten die alten Gesetze, die sich seit mehr als hundert Jahren bewährt haben.

Was für die Kantone gilt, trifft auch für den Bund zu: Es braucht vorläufig gar keine neuen gesetzlichen Grundlagen - im Gegenteil: Es besteht bereits heute eine Ueberorganisation, wenn wir an die verschiedenen Gremien denken - den schweizerischen Wissenschaftsrat, den Nationalfonds, die Hochschulkonferenz, die Konferenz kantonaler Erziehungsdirektoren, die Hochschulrektorenkonferenz, die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, das Amt für Wissenschaft und Forschung, die Dokumentationstelle für Wissenschaftspolitik. Doch statt dass man hier eine radikale Vereinfachung vornahm soll noch eine neue Instanz, die Regierungskonferenz, geschaffen werden - ein Ueberbein!

\*

Das Volk hat schon einmal die Notbremse gezogen - als es den "Bildungsartikel" ablehnte. Nachträglich müssen wir sagen, die Ständemehrheit war weitsichtiger als gewisse Bildungsfanatiker. Die Bremse ist erneut notwendig. Nicht weil wir gegen eine vernünftige, in den schweizerischen Rahmen passende Ausbildung von genügend Akademikern sind. Sondern weil man wieder einmal unter dem Einfluss einer ausländischen politischen Modeströmung überborden will. Leute von links und rechts möchten als "progressiv" gelten und versprechen dem breiten Volk eine Wunderwelt, wenn nur genügend Studenten ausgebildet werden und wir unbeschränkt Doktoren und Diplomanden ausbilden.

Dabei haben wir das abschreckende Beispiel Deutschland vor Augen, wo bereits mehr als 40'000 Akademiker brotlos sind. Oder die Italiener, wo Hunderttausende von Studierenden nicht wissen, wie sie einmal eine der Ausbildung angemessene Stelle finden können. Auch unser BIGA-Direktor musste kürzlich zugeben, dass die Arbeitslosigkeit unter den jungen Akademikern mindestens gleich gross sei, wie in den übrigen Berufen, in einzelnen Gebieten der Geisteswissenschaften aber erheblich grösser! Weder öffentliche Verwaltung noch die Wirtschaft haben die Möglichkeit, vermehrte

Stellen für Hochschulabsolventen zu beschaffen. Daraus muss sich mit Sicherheit akademisches Proletariat ergeben - begabte junge Menschen, die herumsitzen, statt in andern Berufen nützliche Arbeit zu leisten.

\*

Und für eine derat unerwünschte, politisch nicht ungefährliche Entwicklung sollen wir wesentlich mehr Millionen ausgeben als bisher. Vor einem Dutzend Jahre hat der Bund noch kaum etwas für die kantonalen Hochschulen getan. Für das laufende Jahr aber sind (neben den rund 220 Millionen Franken für die ETH Zürich) als Grund- und Investitionsbeiträge plus Nationalfonds rund 410 Millionen Franken vorgesehen. Für die kommenden Jahre sind aber wesentlich höhere Beträge in Aussicht genommen, wobei sich die Verantwortlichen nicht genau festlegen wollen, wir aber wahrscheinlich mit voraussichtlich 200 weiteren Millionen rechnen müssen. Und das angesichts der leeren Bundeskassen, die noch lange nicht gefüllt sind!

Das bedeutet nicht nur ein Operieren im finanzpolitisch luftleeren Raum, sondern auch eine Störung der bisher ausgewogenen Gesamtausgaben für Unterricht und Forschung. Wenn im Finanzplan für 1981 die Beträge für Unterricht und Forschung auf 10 % des Bundesbudgets steigen, kann man dies noch hinnehmen. Wenn aber innerhalb dieses Betrags von rund 1,75 Milliarden Franken die Hochschulen einen wesentlich grösseren Teil erhalten als heute, dann müssen andere zu kurz kommen - seien es die Berufsschulen, die bisherigen kantonalen Universitäten oder die Forschung. Das können wir nicht hinnehmen. Unser schweizerisches Bildungssystem muss zwar dauernd verbessert - aber nicht umgekrempelt werden. Darum ist das neue Hochschulförderungsgesetz verfehlt und verdient ein klares NEIN!

Nationalrat Dr. Walter Allgöwer, Basel

## FALSCHER HOFFNUNGEN ERWECKEN

Verstärkte Hochschulförderung ohne Bedarfsplanung?

Aller Voraussicht nach wird sich - so auf Grund der ersten Kommentare zum Referendum gegen das Hochschulförderungsgesetz zu schliessen - die Diskussion um diese Bundesvorlage kaum auf einem sehr sachlichen Boden bewegen. Bereits sind Hinweise auf eine angebliche Hochschulfeindlichkeit gefallen, auf dem Mangel an Einsicht in die notwendigen Koordinationsanstrengungen usw. Dass in den letzten zwei Jahrzehnten das allgemein als unerlässlich erkannte Erfordernis eines Gleichschritts in der gesamten Bildungs- und Ausbildungspolitik auch heute noch oder heute erst recht Gültigkeit besitzen sollte, wird übergangen. Dass sich in bezug auf Hochschulabsolventen eine Ueberkapazität herauskristallisieren könnte, wird ebenfalls nicht erwähnt.

Nun liegt eines der Hauptprobleme bei aller Bereitschaft, die Hochschulen weiterhin stark zu fördern, doch wohl darin, dass nicht allein Ausbildungsplätze an den Hochschulen aller Richtungen geschaffen und diese gesichert werden, sondern dass die einmal mit einer höhern Ausbildung ins Leben tretenden jungen Leute auch mit einiger Wahrscheinlichkeit mit einem Arbeitsplatz in dem von ihnen gewählten akademischen Beruf rechnen können. Hier heben nun Vorbehalte an. Sie nicht zu erwähnen, hiesse doch wohl, viele junge Leute, die nach der Hochschule und dort nach bestimmten Fachrichtungen streben, in eine Illusion hineinzuführen und sie nicht auf das Leben, wie das landläufig richtigerweise verstanden wird, vorzubereiten.

Die Aera der Fremdarbeiter, d.h. der Mobilisierung ausländischer Arbeitskräfte für die schweizerische Wirtschaft, hat unweigerlich dazu geführt, dass sich das Strukturbild der schweizerischen Bevölkerung in bezug auf ihre wirtschaftliche Betätigung verschoben hat. Weiterhin wird unser Land zwar in hohem Masse auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein. Die Rezession hat aber bewiesen und die bestehende Arbeitslosenzahl bei einer grossen Zahl offener Stellen beweist es, dass gewisse Arbeitsplätze wohl zwangs-

läufig von Ausländern besetzt bleiben müssen. Die berufliche und die örtliche Mobilität hat auch in unserm Land - wie in andern Industriestaaten mit hohem Lebensstandard - ihre Grenzen. Diese sprengen zu wollen hiesse, allenfalls tiefgreifende Einschränkungen in bezug auf die persönliche Freiheit und die Freizügigkeit des Einzelnen verfügen zu müssen.

Leider fehlt in unserm Land - selbst im Zeichen des neuen Hochschulförderungsgesetzes - eine umfassende Planung über den künftigen Bedarf an Akademikern. Man mag zwar einwenden, dass die freie Berufswahl auf Hochschulebene unabhängig vom späteren "Bedarf" erfolgen sollte im Sinne der Anhebung des Bildungsniveaus. Sodann könnte sich auch die einmal angenommene Bedarfszahl wieder ändern. Die Vorbehalte sind bekannt, begründen aber nicht, dass überhaupt keine Bedarfsplanung vorliegt und daher Illusionen im Raume bleiben. Das Wagnis einer Krise innerhalb der akademischen Berufe einzugehen heisst doch, den Hochschulbereich zu überfordern. Denn erwartet wird, dass die zu einem Studium gelangten jungen Menschen mit letztem Einsatz ihren akademischen Verpflichtungen im Blick auf den Studienabschluss nachkommen und sie unablässig auf diesen Abschluss hinarbeiten. Vernünftigerweise erwarten die Studenten im allgemeinen, dass sie dann auch in ihrem Beruf eine Betätigung finden. Wie aber, liegt der Abschluss einmal vor, wenn sich die Realität ganz anders anbietet? Vertan ist viel persönlicher Einsatz, aber auch viel privater und vor allem auch öffentlicher Aufwand.

Selbstverständlich würde auch eine Bedarfsplanung nicht alle Risiken ausschalten, da die erwähnten Möglichkeiten der Wandlung der Nachfrage nach qualifizierten Kräften gegeben sind. Aber eine Bedarfsplanung würde immerhin einen wichtigen Anhaltspunkt für die entscheidende Wahl zur höhern Ausbildung und zur künftigen beruflichen Betätigung bieten und auf jeden Fall die Verantwortlichen gegen den Vorwurf absichern, dass in dieser Hinsicht rechtzeitig keine oder nur unzureichende Informationen zur Verfügung gestanden hätten. Sehr ernsthafte Gründe sprechen daher dafür, dass die Bedarfsplanung - mit allen ihr gegenüber vorzubringenden Vorbehalten - zu den Voraussetzungen einer Hochschulförderung in einer modernen

und zeitgemässen Konzeption gehört. Diesem wesentlichen Grundanliegen trägt die neue Hochschulförderungsvorlage leider nicht Rechnung. Sie geht wiederum von Wachstumsraten aus, denen letztlich das "Hinterland", nämlich die konkreten Einsatzmöglichkeiten in vielen Sparten fehlen dürfte. -g-

"In lang anhaltenden Expansionsperioden gewöhnen sich die Politiker daran, über erheblich wachsende Finanzmittel verfügen zu können, Ihre aussergewöhnliche Ausgabenfreudigkeit hält auch dann noch an, wenn bereits feststeht, dass in bestimmten Bereichen der öffentlichen Hand kein Zusatzbedarf mehr besteht. Sozusagen "im letzten Moment" werden noch später unbenötigte Kapazitäten erstellt. Ein typisches Beispiel dafür ist der weitere Ausbau der Hochschulen, obwohl die Studentenzahl spätestens ab 1985 zurückgehen wird."

Prof. Dr. W. Wittmann, Freiburg